

Standesangelegenheiten.

Die außerordentlichen ärztlichen Prüfungsvorschriften.

Von J. Schwalbe.

Durch einen Beschluß vom 28. v. M. hat der Bundesrat seinen am 6. August veröffentlichten Erlaß über die ärztlichen Notprüfungen aufgehoben und Bestimmungen über eine ärztliche Kriegsprüfung getroffen: sie sind im Wortlaut auf S. 8 des Anzeigenteils dieser Nummer veröffentlicht.

Die Einstellung der Notprüfungen kann sicher auf allgemeine Zustimmung rechnen: zu bedauern ist nur, daß die Regierung sich erst jetzt dazu entschlossen hat.

Man wird es verstehen und deshalb entschuldigen können, daß in der durch den überraschenden Kriegsausbruch hervorgerufenen Sorge um unser Staatswohl und in dem überall einsetzenden Bestreben, unsere Rüstung zu vervollständigen, sich auch hinsichtlich der Aerzteversorgung eine gewisse Hast und etwas Uebereifer hier und da eingestellt hat: und deshalb wird man auch darüber hinwegsehen, daß man namentlich den anfänglich im Heere bemerkbaren Mangel an ärztlichen Hilfskräften durch eine beschleunigte Aerzteproduktion beseitigen zu müssen glaubte. Obwohl die Erinnerung an die doch zur Genüge bekannte Tatsache, daß Deutschland nicht an einem Aerztemangel, sondern an einer — aus oft erörterten Gründen — ungenügenden Verteilung der überreichlichen Aerzteschaft leidet, zu zweckmäßigeren Maßnahmen hätten führen können. Aber man scheint in Wirklichkeit an den leitenden Stellen einen regulären Aerzteüberschuß nicht angenommen, oder den Bedarf an Aerzten unter den obwaltenden Verhältnissen trotzdem hoher eingeschätzt zu haben. Und so sind nach der hier bereits in Nr. 3 S. 81 erwähnten Mitteilung des Reichsamts des Innern bis Mitte Dezember nicht weniger als 2500 Aerzte neu geschaffen und die deutsche Aerzteschaft um rund 7% vermehrt worden.

Meine Bedenken, die ich bereits kurz nach Erlaß der Vorschrift (Nr. 34) über die Notprüfungen geäußert habe und die in weiteren Veröffentlichungen der Standesblätter geteilt worden sind, haben sich also nach diesem Ergebnis als völlig berechtigt erwiesen. Von autoritativer Stelle ist seinerzeit meinen Ausführungen in einem privaten Schreiben entgegengehalten worden, daß infolge der Notprüfungen lediglich diejenigen Mediziner, die in Friedenszeiten erst im Jahre 1915 die Approbation erworben hätten, um ein Jahr früher zur ärztlichen Praxis zugelassen würden. Und natürlich müßte in den Jahren 1915 und 1916 eine entsprechende Anzahl von Approbationen weniger erteilt werden. Also sei eine Ueber-

füllung des ärztlichen Standes nicht zu befürchten. In meiner Erwiderung habe ich auf die Unzulänglichkeit dieser Rechnung hinweisen zu können geglaubt, und das vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Ergebnis der Notprüfungen hat meiner Beweisführung mehr, als ich damals angenommen habe, und stärker, als es den Interessen unseres Standes entspricht, Recht gegeben. Während die deutsche Aerzteschaft nach der alljährlich im Reichsmedizinalkalender veröffentlichten Statistik in den Jahren 1910—1913 um 480, 386, 692 und 609, im Durchschnitt also um 542 Köpfe zugenommen hat, ist sie in den Monaten August bis Mitte Dezember, also innerhalb $4\frac{1}{2}$ Monaten, um 2500, also um nahezu das Fünffache, — zum mindesten aber, wenn wir die letzte Jahresziffer als Grundlage annehmen, um das Vierfache gewachsen, es ist also in dieser Zeit nicht bloß das Produkt des Jahres 1913, sondern von weiteren drei bis vier Jahren vorweggenommen. Diese Tatsache wird niemanden überraschen. Denn durch die Notprüfungen mußte nicht nur die Approbation verfrüht werden, sondern es sind auch infolge der geringeren Anforderungen, die der Bundesratsbeschluß prinzipiell und überdies manche Examinatoren aus idellen Motiven an die Kenntnisse der Prüflinge gestellt haben, Kandidaten, die in regulären Zeiten das Examen überhaupt nicht oder erst später bestanden hätten, approbiert worden.

Als ganz wesentlich fällt dabei aber noch ins Gewicht, daß den Kandidaten die Ableistung des praktischen Jahres erlassen worden ist. Indes selbst wenn es sich wirklich bei den 2500 neuen Aerzten nur um eine zeitliche Vorwegnahme von Approbationen gehandelt hätte, so kann es doch für das Verhältnis von Aerzten und Bevölkerungszahl nicht gleichgültig sein, ob die Aerzteschaft gradatim mit der Bevölkerung zunimmt oder ob plötzlich ein Hinaufschwellen der Aerztezahl stattfindet und damit der dem wirtschaftlichen Unterhalt der Aerzte dienende Prozentteil des Publikums nicht unerheblich sinkt. Daß dieses Mißverhältnis noch durch den Krieg verstärkt werden muß, weil sowohl der Bevölkerungszuwachs der nächsten Jahre durch die Opfer der Schlachten relativ geringer wird, als auch durch die Schädigung der allgemeinen Erwerbsverhältnisse die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe — wie sich ja jetzt schon zur Genüge zeigt — eine Zeitlang nach dem Kriege hinter der Norm zurückbleiben wird, liegt klar auf der Hand. Hieran wird durch die Verluste, die die Aerztezahl selbst durch den Krieg erleidet — auch wenn sie erheblich höher sind als in früheren Kriegen —, wesentlich nichts geändert.

Aber auch für die Bevölkerung kann es gewiß nicht gleichgültig sein, wenn sie später von 2500 Aerzten versorgt werden soll, die unter geringeren Prüfungsanforderungen und mit geringeren wissenschaftlichen und praktischen Fähigkeiten zur Krankenbehandlung „gelassen“ sind.

Man kann wohl annehmen, daß solche Erwägungen jetzt auch bei der Regierung das Uebergewicht erlangt und zur Aufhebung der Notprüfungen geführt haben. Maßgeblich dürfte für ihre Entscheidung aber auch die Feststellung gewesen sein, daß von einem weiteren Bedürfnis, ärztliche Lücken im Heer durch treibhausartige Aerztezucht auszufüllen, nicht die Rede sein kann. Schon aus dem mobilen Heer, aus den Feld- und Kriegslazaretten habe auch ich in der letzten Zeit nicht wenige Briefe erhalten, in denen die Kollegen über Mangel an Beschäftigung berichten. Noch zahlreicher sind derartige Mitteilungen aus Reserve- und Vereinslazaretten eingegangen. Sicher ist der eine Grund für diese Erfahrungen, nämlich die Verminderung der Zahl der Verwundeten, überaus erfreulich. Aber es ist kaum daran zu zweifeln, daß die ungenügende Inanspruchnahme der Aerzte auch durch einen Ueberschuß ihrer Zahl zu erklären ist. Schon Starke, der verdienstvolle Leiter der Abteilung Stellenvermittlung des LWV., hat in seinem an das Reichsamt des Innern gerichteten Schreiben Ende Dezember (Ärztliches Vereinsblatt 5. I. 15) auf diesen Mißstand hingewiesen, und er hat ihn nicht nur durch tatsächliche Angaben begründet, sondern auch Vorschläge zur Abhilfe angegeben. Daß durch Schließung überflüssiger kleinerer Vereinslazarette, die weniger dem Bedürfnis der Verwundetenpflege als dem Betätigungs- oder Versorgungsdrang von Lokalinhabern, bisweilen auch der hier und da hervortretenden idealen Uebergeschäftigkeit ihre Entstehung verdanken, ferner durch eine sorgfältige Organisation der Aerzteverteilung und andere Maßnahmen gar manche ärztliche Kraft frei werden würde, kann man als sicher gelten lassen.

Durch welche Umstände aber der Bundesrat zur Aufhebung seiner Verordnung vom 6. August betreffend die Notprüfungen veranlaßt worden sein mag — die Tatsache selbst muß nach den vorstehenden Ausführungen vom Standpunkte der Aerzteschaft und des Publikums beifällig aufgenommen werden.

Indessen hat sich, wie wir sehen, der Bundesrat nicht auf diesen Beschluß beschränkt und die regulären Verhältnisse wiederhergestellt, sondern er ist auf dem Wege zu den letzteren stehen geblieben und hat wenigstens eine verkürzte ärztliche Prüfung („Kriegsprüfung“) einführen zu müssen geglaubt. Soweit ich unterrichtet bin, hat zu dieser Entschliebung der von der Regierung in der Zivilverwaltung bemerkte Mangel an Aerzten Anlaß dazu gegeben. Der Umstand, daß mehr als ein Drittel aller Medizinalbeamten in die Heeresverwaltung übergegangen

ist, daß in den Kliniken, kommunalen Krankenhäusern und wissenschaftlichen Instituten die Zahl der Aerzte, insbesondere der Assistenten, stark herabgesetzt ist, daß auch in der Zivilpraxis an manchen Orten die ärztliche Versorgung nicht genügt, sondern entweder durch die Inanspruchnahme der benachbarten Aerzte oder durch höhersemerstrige Medizinstudierende geleistet werden muß, — alle diese Tatsachen haben die Regierung eine Verstärkung der Approbationsziffer als wünschenswert erscheinen lassen.

Es bleibt aber der Nachweis zu führen, daß die sicher vorhandenen Vakanzen nicht lediglich mittels zweckmäßiger Organisation auf anderen, insbesondere den oben erwähnten Wegen erledigt werden können. Was z. B. und insbesondere den letzten Punkt betrifft, so hat Starke an der erwähnten Stelle mit Recht hervorgehoben, daß die 65 „Notorte“, die bis dahin nicht besetzt werden konnten, vorwiegend deshalb nicht ärztlich versorgt worden sind, weil die Anstellungsbedingungen zu ungünstig sind, weil es sich meist um arme oder ungünstig gelegene Orte handelt oder um Orte, die nicht gern Opfer bringen, solche aber von ihrem Arzt verlangen; und der Schluß ist gerechtfertigt, daß an diese Orte auch nicht ganz junge Aerzte gehen werden, solange sie an anderen Stellen bessere Lebensbedingungen finden.

Wir wollen gern zugeben, daß gegen die neuen ärztlichen Prüfungsvorschriften an sich kaum etwas einzuwenden ist. Sie haben im wesentlichen eine Verkürzung der Prüfungsdauer zur Folge, und wenn nicht die Examinatoren unberechtigter Weise diese Besonderheit als eine Aufforderung zur Herabsetzung der Ansprüche an die Kandidatenkenntnisse ansehen, so kann man fast wünschen, daß diese Verringerung der Examensdauer auch für den Frieden beibehalten werde: denn ob ein Kandidat z. B. in der Frauenheilkunde genügende Kenntnisse besitzt, kann ein Examiner sicherlich in zwei Tagen ebenso gut feststellen wie in sechs Tagen. — Zurzeit ist übrigens die Verkürzung der Prüfungen auch durch die Verringerung der Zahl der Examinatoren notwendig geworden.

Der Erleichterung des Examens durch Einengung auf zehn Tage ist ferner erfreulicherweise die Vorschrift gegenübergestellt, daß beim Nichtbestehen eines Abschnitts die ganze Prüfung abzubrechen und eine Wiederholung nicht zulässig ist: eine erhebliche Verschärfung gegenüber den normalen Prüfungsbedingungen. Doch ist die spätere Zulassung zu einer neuen, regulären Prüfung gestattet.

Offen bleibt aber die wichtige Frage nach der Ableistung des praktischen Jahres. Hierüber findet sich in dem neuen Bundesratsbeschuß keinerlei Anweisung. Durch Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 6. August könnte der Anschein erweckt werden, als ob die dort getroffene Bestimmung, daß den Kandidaten das praktische Jahr zu erlassen sei, ebenfalls fortiele. Dieser Auffassung steht aber der Umstand entgegen, daß der Bundesratsbeschuß vom 1. August aufrecht erhalten ist, wonach die Kandidaten von der Ableistung des praktischen Jahres befreit werden.

Damit wird der wesentlichste Nachteil der Notprüfungen auch für die neuen „Kriegsprüfungen“ beibehalten, und die Gefahr, daß sowohl der Uberschuß der Ärzteschaft zunimmt als auch daß ungenügend ausgebildete Aerzte zur Praxis zugelassen werden, bleibt für die Zeit der Kriegsprüfungen bestehen.

Eine eigentümliche Ironie des Schicksals wollte es, daß fast unmittelbar vor dem neuen Bundesratsbeschuß (in Heft 5 Band IV der preussischen „Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung“) die von der Medizinalabteilung in den letzten Jahren veranstalteten Erhebungen und Verhandlungen über eine Abänderung der Vorschriften betreffend das Praktische Jahr erschienen sind. Bei den Verhandlungen der Medizinalabteilung ist als erste These einstimmig der Satz angenommen: „Die Gründe, die zur Einführung des Praktischen Jahres geführt haben, bestehen noch jetzt zu Recht und verlangen dessen Beibehaltung sowohl im Interesse der Aerzte selbst als im Interesse des Gemeinwohls.“

Solange nicht der Nachweis erbracht wird, daß ein wirklicher Ärztemangel besteht und daß dieser nur durch eine verstärkte und beschleunigte Approbation beseitigt werden kann, muß im Interesse der wissenschaftlichen und praktischen Ausbildung der deutschen Ärzteschaft und im Interesse der öffentlichen wie privaten Gesundheitspflege gefordert werden, daß an der Ableistung des praktischen Jahres auch unter den obwaltenden Verhältnissen seitens der Regierung festgehalten wird. Die unvermeidlichen Opfer dieses schweren Krieges dürfen nicht ohne zwingende Not durch eine Verschlechterung der Qualifikation des ärztlichen Nachwuchses vermehrt werden.